

Steigende Corona-Zahlen

Die Angst vor dem Hotspot Asylbewerberheim

In Asylunterkünften sind viele Regeln zum Schutz vor Corona-Infektionen kaum umsetzbar. Auch nach mehr als sieben Monaten Pandemie fehlt der Politik ein Plan zum besseren Schutz von Geflüchteten.

Von Marc Röhlig

24.10.2020, 17.40 Uhr



"Caos" vorprogrammiert? Ein Flüchtlingsheim in Berlin (Archivaufnahme von 2017)

Foto: Robert Schlesinger / picture alliance

Als Ruhul Amin Khan Anfang des Jahres aus Bangladesch nach Deutschland floh, hoffte er, in ein sicheres Land zu gelangen. Dann kam Corona - und die große Unsicherheit. In zwei verschiedenen Asylunterkünften kam der 34-Jährige seit März unter, zweimal kam es zu Ausbrüchen von Covid-19.

Zuerst musste er im Ankunfts- und Verteilzentrum in der Maria-Probst-Straße in München in Quarantäne. "Zwei Wochen lang waren wir zu viert in einem kleinen Zimmer", sagt Ruhul am Telefon, "wir wussten, dass es um Corona ging, mehr aber auch nicht." Sicherheitskräfte hätten Essen vor die Tür gestellt.

In dem Ankerzentrum waren drei Geflüchtete positiv getestet worden, sie und ihre Zimmergenossen wurden isoliert. Die übrigen 450 Bewohner durften sich weiterhin frei bewegen, die Gemeinschaftskantine und Bäder benutzen.

Zwei Monate später kam Khan in die Ermekeilkaserne, eine Erstaufnahmeeinrichtung in Bonn. Und auch hier erlebte er einen neuen Corona-Ausbruch. In wenigen Tagen infizierten sich mehr als 50 Personen, wieder musste er in Quarantäne. Er sei von der Heimleitung "eingesperrt" worden, sagt Khan.

Wenigstens blieb ihm eine Corona-Infektion bisher erspart. Doch die Episoden aus Bayern und Nordrhein-Westfalen zeigen: Asylunterkünfte können in Corona-Zeiten rasch zur Gefahrenquelle werden. Und bislang hat die Politik keine Antworten auf einen adäquaten Umgang gefunden.

Während das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger in der Coronakrise von Maskenpflicht, Sperrstunde, Abstandsregeln und Kontaktbeschränkungen geprägt ist, gilt für Flüchtlingsheime meist einfach: Zaun drum und fertig. Mehr als sieben Monate nach Beginn der Pandemie gibt es kein bundesweit einheitliches Konzept zum Corona-Schutz Geflüchteter.

Das Innenministerium hatte die Bundesländer bereits im März gebeten, neu ankommende Asylsuchende verdachtsunabhängig auf das Coronavirus zu testen. Hygieneregeln und Hinweise werden bundesweit mehrsprachig verfasst. Standards für die Asylunterkünfte fehlen aber. In den Pandemieplänen der Länder tauchen Asylbewerberinnen und Asylbewerber - wenn überhaupt - nur als Randnotiz auf.

Das Asylheim wird zum Hotspot

Jetzt wird zum Problem, dass die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die Länder aufgefordert hatte, ankommende Asylsuchende in großen Einrichtungen - den sogenannten Ankerzentren - unterzubringen. Der Aufenthalt dort kann Monate dauern. Danach werden die Bewohner nach einem Quotenschlüssel auf die Bundesländer verteilt. *Dort haben sie die Chance, in Wohnungen unterzukommen.*

In vielen Ankerzentren können die Corona-Verordnungen kaum eingehalten werden: Menschen, die nicht zur selben Familie gehören, sind in engen Zimmern untergebracht, Dutzende Personen leben auf einer Etage, teilen sich Gemeinschaftsküchen und die Toiletten.

Was die Corona-Statistik verrät - und was nicht

Die offiziell gemeldete Zahl der Infizierten bezieht sich ausschließlich auf mit Tests nachgewiesene Infektionen. Wie viele Menschen sich tatsächlich täglich neu infizieren und bislang infiziert waren, ohne positiv getestet worden zu sein, ist unklar. Tests auf Antikörper sollen diese Frage in den kommenden Monaten klären.

Die offizielle Zahl der Toten beschreibt, wie viele Menschen mit dem Virus gestorben sind. In wie vielen Fällen die Infektion ursächlich für den Tod war, lässt sich daraus aber nicht ablesen. Bei länderübergreifenden Vergleichen gilt es zu berücksichtigen, dass teilweise unterschiedliche Kriterien für die Erfassung einer Infektion und für die Zählung der Todesfälle verwendet werden.

"Die Unterbringung in Sammelunterkünften ist in Zeiten von Corona ein immenses Problem", sagt der Gesundheitswissenschaftler Kayvan Bozorgmehr von der Universität Bielefeld. "Auswertungen zeigen, dass die Orte neben Altersheimen oder dem Arbeitsumfeld zu den größten Ausbrüchen führen."

Im Mai wertete Bozorgmehr gemeinsam mit Wissenschaftlern des Kompetenznetzes Public Health COVID-19 Corona-Infektionsdaten aus 42 Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete aus. Das Ergebnis der Studie: In den betroffenen Einrichtungen wurden von 9785 Geflüchteten insgesamt 1769 Personen positiv auf Sars-CoV-2 getestet. Das entspricht einem Anteil von 18 Prozent - und verdeutlicht die Dimension des Problems.

Im Umgang mit Geflüchteten herrscht Kleinstaaterei

Gesundheitsforscher Bozorgmehr hatte gehofft, seine Studie könne helfen, die Politik zu alarmieren. Doch bis auf einige Maßnahmen wie Tests bei Neuzugängen oder die eingeschränkte Nutzung von Gemeinschaftsräumen sei noch viel beim Alten.

Bozorgmehr sieht keine grundsätzlichen Änderungen. "Die Länder halten vor allem an den Sammelunterkünften fest, dabei müssten die Belegungszahlen jetzt massiv ausgedünnt werden, um neue Masseninfektionen zu verhindern."

"Die Belegungszahlen müssen massiv ausgedünnt werden, um neue Masseninfektionen zu verhindern."

Gesundheitsmediziner Kayvan Bozorgmehr

Wie auch in vielen anderen Corona-Fragen herrscht im Umgang mit Flüchtlingen Kleinstaaterei. Zwar koordiniert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) bundesweit die Asylgesuche - die Unterbringung und

medizinische Versorgung der Personen obliegt aber den Bundesländern. Entsprechend unterschiedlich und mitunter chaotisch sieht der Umgang mit dem Coronavirus in betroffenen Einrichtungen aus.

Mancherorts werden nur wenige Kontaktpersonen isoliert, an anderen stellen die Behörden gleich Hunderte Menschen unter Quarantäne. In einer Flüchtlingsunterkunft im thüringischen Suhl kam es im Frühjahr zu Unruhen, nachdem mehr als 500 Personen das Gelände wegen Corona-Quarantäne nicht verlassen durften. Die Polizei rückte mit Wasserwerfern an. In Bremen musste der Senat nach einer Masseninfektion mit einem Abstandserlass für Ordnung sorgen.

Erkrankt eine Heimbewohnerin oder ein Heimbewohner, ist die Chance groß, dass sich das Coronavirus ungehindert verbreitet. Die Flüchtlingsunterkünfte sind zumeist "sozial abgeschottet", sagt Forscher Bozorgmehr. Das verhindere zwar, dass sie - anders als Kneipen, Kirchen oder private Feiern - zum "Driver des Pandemiegesehens" werden können, mache es aber umso gefährlicher und belastender für die so untergebrachten Geflüchteten. Und auch ein Ausbruch in einem Flüchtlingsheim kann massive Konsequenzen für den 7-Tage-Inzidenzwert in einem Landkreis haben.

Wie viele Geflüchtete insgesamt in Deutschland seit Beginn der Pandemie mit dem Coronavirus infiziert waren, ist unklar. Nicht alle Fälle werden gesondert gelistet, das Bundesinnenministerium kann auf Nachfrage keine Daten nennen.

Das RKI hatte in einer Erhebung bis Mitte August gezählt, an welchen Standorten in Deutschland es zu Massenausbrüchen kam - also Fälle, in denen eine Person gleich mehrere andere Menschen in kurzer Zeit ansteckte. Von insgesamt knapp 8000 solchen Fällen rangierten die Asylunterkünfte mit 199 Ausbrüchen klar hinter Privatwohnungen (3902), Pflegeheimen (709) und Büros (412).

Kollektivquarantänen könnten zunehmen

Asylverbände fürchten, dass die Herbst- und Wintersaison nun zum Hätetest für die Heime wird - und dass die Politik die Zeit bislang nicht genutzt hat, um sich darauf vorzubereiten. Der Migrationsverband Pro Asyl verlangte schon seit Beginn der Pandemie, die Praxis der Corona-Realität anzupassen: raus aus den Massenunterkünften, rein in Hotels und leer stehende Apartments.

Bislang hat die Politik die Vorschläge nicht aufgegriffen, "das ist das Traurige an der aktuellen Situation", sagt Wiebke Judith, rechtspolitische Referentin bei Pro Asyl. "Unsere Forderungen haben sich seit Beginn der Pandemie nicht geändert." Judith fürchtet, dass die Kollektivquarantänen wie aktuell in Dresden mit den steigenden Zahlen wieder zunehmen werden. Dann würde zum einen das Infektionsrisiko in den abgesperrten Heimen steigen, zum anderen die Belastung für die Geflüchteten.

"Die Länder haben sich nicht die Zeit genommen, differenzierte Lösungen zu finden."

Pro-Asyl-Sprecherin Wiebke Judith

Beim Integrationsgipfel vergangenen Montag warnte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die Coronakrise treffe vor allem die Schwächsten. Einwanderern falle es aufgrund der Einschränkungen nicht so leicht, Fuß zu fassen, etwa weil Beratungen und Sprachkurse vorübergehend nicht im Präsenzformat stattfinden.

So wird das Leben in abgeriegelten Heimen zur psychischen Belastungsprobe: Betreuer und Seelsorger fehlen aufgrund der Kontaktbeschränkung, viele Bewohner verstehen aufgrund von Sprachbarrieren die Maßnahmen nur ungenau. "Die Länder haben sich im Sommer nicht die Zeit genommen, differenzierte Lösungen zu finden", sagt Judith. Die Heimleitungen stünden nun vor den gleichen Problemen wie im Frühjahr.

Ruhul Amin Khan aus Bangladesch hat mittlerweile für sich selbst eine Lösung gefunden. Er will nicht länger auf die Hilfe der Kommunen vertrauen. "Die Unterkünfte, in denen ich bisher war, sind perfekte Orte für Infektionen", sagt er. Zu unhygienisch, zu eng - ein funktionierendes Corona-Management sei in den Heimen unmöglich, findet Khan. Er selbst sei daher seit einigen Wochen privat bei einer Freundin untergekommen.